

Gegen Privatisierung – für (Wieder)aneignung und Partizipation

Begründung für ein strategisches Projekt, „Gegen Privatisierung und für (Wieder)aneignung und Partizipation“.

Wenn in diesem Zusammenhang von Privatisierung die Rede ist, meinen wir die Privatisierung öffentlichen Eigentums und die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, sowohl auf Bundes- und Landes- auch auf kommunaler Ebene. Insbesondere auf kommunaler Ebene stellt sich „Privatisierung“ in ihrer ganzen Facettenhaftigkeit dar und ist oft unmittelbar mit dem Alltag von Menschen verknüpft. Was meinen wir eigentlich mit „Privatisierung“:

Wir meinen mit „Privatisierung“ zunächst den schlichten Verkauf öffentlichen Eigentums Z.B von Grundstücken aber vor allem auch (oft zunächst anteilig) von Stadtwerken, Wasserwerken, Kläranlagen, Wohnungsbaugesellschaften etc. Das bedeutet neben dem Verlust des Wertes, in der Regel auch den Verlust einer zumindest theoretisch möglichen demokratischen Einflussnahme.

Wir meinen mit Privatisierung, die „Verbetriebswirtschaftlichung“ von öffentlicher Daseinsvorsorge, gekoppelt mit der Installation marktförmiger Strukturen nach innen und außen. Städtische Einrichtungen wie Gartenbauamt, Stadtplanungsamt, Schwimmbäder und insbesondere Krankenhäuser werden in Eigenbetriebe und/oder GmbH´s mit privater Beteiligung „ausgliedert“. Ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge wird so in einen „Markt der Dienstleistungen“ umgewandelt. Die Folge ist, dass Daseinsvorsorge nur noch für diejenigen existiert, die sie sich leisten können. Aber auch hier findet eine Entkopplung von demokratischer Willensbildung und öffentlicher Einflussnahme statt und sicher geht diese Entwicklung auch zu Lasten von innerbetrieblichen Mitbestimmungsmöglichkeiten.

Wir meinen darüber hinaus auch die Privatisierung von Kosten und Risiken. Öffentliche Aufgaben, die mangels Renditeerwartung, nicht verbetriebswirtschaftlicht“ werden können, werden eben „verehrenamtlicht“. Besonders betroffen ist davon in der Regel der soziale Bereich, also z. B. Jugend- und Altenpflege, Kindertagesstätten, Grundschulen, etc. Wenn in diesem Zusammenhang von „Beteiligung“ die Rede ist, ist es die Beteiligung an der Mängelverwaltung. Darüber hinaus bedeutet auch der Prozess der „Verehrenamtlichung“ eine tendenzielle Entkopplung von öffentlicher Einflussnahme, weil im Rahmen freiwilliger Leistungen inhaltliche und qualitative Kriterien wesentlich schlechter sanktioniert werden können.

Privatisierung in all ihren Facetten bedeutet also

- **eine Umverteilung von Reichtum von „unten“ nach „oben“ ,**
- **eine Umverteilung von Risiken von „Oben“ nach „unten“**
- **und eine Umverteilung von Macht, so begrenzt sie unter den herrschenden Verhältnissen auch ist bzw. war, wiederum von „unten“ nach „oben“ ,**

Privatisierung verstärkt also die soziale Spaltung der Gesellschaft, sowohl in materieller Hinsicht, als auch in Hinsicht auf Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen.

In vielen Städten und Kommunen, auf Landes- und auch auf Bundesebene gibt es Initiativen, die geplante Privatisierungsprojekte zurückgekämpft haben bzw. zurückkämpfen wollen, (Crossborder Leasing in FaM, Bürgerbahn statt Börsenbahn). Aber bisher sind diese Initiativen zu wenig öffentlich und zu wenig vernetzt. Und möglicherweise stehen die Prozesse der „Verbetriebswirtschaftlichung“ und der „Verehrenamtlichung“ noch zu wenig im Focus der Aufmerksamkeit der sozialen Bewegungen.

Es gilt auch deutlich zu machen, dass Privatisierungen ideologisch motiviert sind. Es sind dieselben Leute, die die oft zitierten „Sachzwänge“ (hier in Form von Haushaltproblemen der öffentlichen Hand auf allen Ebenen) durch ihre Steuerpolitik erzeugen und dann gleich die Lösung der Probleme in Form von Privatisierung anbieten. Überdies erreichen die Privatisierungsmaßnahmen in der Regel auch die selbst gesteckten Ziele nicht.

Es könnte also ein Teil der strategischen Aufgaben sein, die Facetten der Privatisierung gemeinsam zu betrachten und deutlicher als bisher als Teil eines ideologisch motivierten Gesamtmodells für eine neoliberale Gestaltung öffentlicher Daseinsvorsorge zu entlarven.

Wenn es gelungen ist Privatisierungsprojekte vor allem auf kommunaler Ebene zurückzukämpfen, dann geschah die in der Regel mit Elementen direkter Demokratie. Diese Elemente (Bürgerbegehren, Bürgeranträge, etc.) sind in vielfältiger Form schon jetzt in Landesverfassungen und kommunalen Strukturen verankert. Sie sind sicher noch unzulänglich hinsichtlich der formalen Kriterien (Höhe der Quoren) und mit dem bekannten Haushaltsvorbehalt versehen aber eben nicht völlig unwirksam. Sie sind Kampagnenfähig und entwickeln dort wo sie einmal mit Erfolg praktiziert wurden einen positiven Nachahmereffekt. Sie verankern sich im Bewusstsein von Menschen als praktikierbare Methode der Partizipation. Elemente direkter Demokratie lassen sich überdies nicht nur reaktiv einsetzen, z.B. gegen konkrete Privatisierungsprojekte, sondern auch aktiv z.B. für Haushaltstransparenz oder Informationspflicht.

Nun sind Elemente direkter Demokratie nicht die einzige bekannte und erfolgreich praktizierten Formen der Partizipation. Auch wenn sie von neoliberaler Seite erfolgreich diskreditiert werden, sind bzw. waren z.B. Drittelparität an den Hochschulen und betriebliche Mitbestimmung trotz bekannter Unzulänglichkeiten durchaus demokratische und wirksame Partizipationsstrukturen. Demokratischer und wirksamer jedenfalls, als das was uns derzeit an neoliberalen Alternativen (Bürgerkommune, neue Steuerungsmodelle in der Verwaltung, autonome Schule, etc.) angeboten wird.

Hinsichtlich Partizipation auf kommunaler Ebene gibt es eine weitere konkrete Alternative. Der Beteiligungshaushalt nach dem Modell von Porto Alegre. Dort entscheiden jedes Jahr die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadt in einem beispielhaften Basisprozess über die Verwendung der investiven Mittel der Stadt. Viele brasilianische und einige europäische Städte haben das Modell übernommen und auch bei uns gibt es erste Versuche derartige Beteiligungsstrukturen zu entwickeln. Diese Form der Partizipation ist eine reale Umverteilung von Macht von „oben“ nach „unten“.

Im Kampf gegen „Privatisierung“, kann es auch nicht (oder zumindest nicht nur) um eine zurück zu alten Stellvertreterstrukturen gehen. Erst mit der Verknüpfung mit Partizipation wird er zu einem emanzipatorischen Projekt.

Hier könnten weitere Teile eines strategischen Projektes zu finden sein. Vorhandenen Initiativen gegen „Privatisierung“ gilt es organisationsübergreifend es zu vernetzen. Es gilt sie öffentlicher zu machen, ihre Erfahrungen anderen zugänglich zu machen und zur Nutzung derselben zu motivieren. Es gilt aber auch die genannten Möglichkeiten zur Partizipation weiter zu entwickeln und insbesondere wieder in Wert zu setzen. Es gilt vielen Menschen auch wieder Selbstbewusstsein in der Frage demokratischer Beteiligung zu vermitteln.

Zusammengefasst gibt es also folgende Begründung für ein strategisches Projekt „gegen Privatisierung – für (Wieder)aneignung und Partizipation“:

1. „Privatisierung“ ist das ideologisch motiviertes Projekt neoliberaler Politik insbesondere auf regionaler Ebene, das inhaltlich mit GATS und Bolkestein - Richtlinie korrespondiert. Also bedarf es eines Gegenprojektes der sozialen Bewegungen.
2. Die Dringlichkeit eines Gegenprojektes verstärkt sich mit der zunehmend prekären Situation öffentlicher Haushalte vor allem in der Kommune und den damit verbundenen sozialen Folgen sowie des Verlustes von demokratischen Einflussmöglichkeiten.
3. Es gibt viele Anknüpfungsmöglichkeiten mit vorhandenen Initiativen auf allen Ebenen. Wir haben also Alternativen, die über den Protest hinausgehen.
4. In der Kopplung mit Partizipation erhält die (Wieder)aneignung öffentlicher Daseinsvorsorge ein wichtiges emanzipatorisches Moment.

Wenn es um konkrete Schritte geht, sind folgende Dinge vorstellbar:

- Ein organisations- und initiativenübergreifendes Internetportal „Gegen Privatisierung und für (Wieder)aneignung und Partizipation“.
- Eine organisations- und initiativenübergreifende Verständigung über Probleme und Ziele z.B. in Form einer Konferenz und/oder in Form von ggf. auch temporären Arbeits- und Informationszusammenhängen.
- Eine überregionale Unterstützung und Begleitung von regionalen Initiativen und Modellversuchen.

Klaus-Rainer Rupp
25.10.2005